

Boris Barth

Demokratie und Diktatur zwischen den Weltkriegen

Einheit 2:

Die Krise der Demokratien in der europäischen Zwischenkriegszeit

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Prof. Dr. Boris Barth hat an der Heinrich-Heine Universität, Düsseldorf, promoviert und an der Universität Konstanz habilitiert. Ferner war er tätig als Mentor an der FernUniversität in Hagen, am Institut für Internationale Studien in Prag, und er hat zahlreiche Posten als Lehrstuhlvertreter und visiting professor an mehreren weiteren Universitäten inne gehabt. Derzeit lehrt er Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Konstanz.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhalt:

I. Einleitung	2
II. Das Problem der Ethnien im Nachkriegseuropa	4
1. Griechenland- Türkei und das Flüchtlingsproblem	10
2. Die Tschechoslowakei	16
3. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien)	20
4. Polen	26
III. Soziale und gesellschaftliche Gründe für die Instabilität europäischer Demokratien: Das Deutsche Reich	31
IV. Weltwirtschaftskrise und Große Depression	37
V. Die totalitäre Versuchung autoritärer und faschistischer Systeme	48
VI. Der Kult des „Führers“	56
VII. Ausgewählte Literatur	66

I. Einleitung:

Fast alle Staaten, die infolge der Pariser Konferenzen neu entstanden waren, gaben sich demokratische Verfassungen, bzw. demokratisierten konstitutionelle monarchische Systeme. Die neuen Ordnungen hatten jedoch meist nur wenige Jahre Bestand. Die meisten der neuen demokratischen Staaten waren nicht aus eigener Kraft durch starke Massenbewegungen entstanden, sondern stellten ein Resultat des Zusammenbruchs von Imperien dar, die autoritär regiert worden waren. An die Stelle der Demokratien traten in Ostmitteleuropa seit dem Ende der 1920er Jahre Präsidialdiktaturen, in Südosteuropa Königsdiktaturen mit dem Sonderfall von Atatürks Türkei. Auch wenn die Opposition und die organisierte Arbeiterbewegung überall scharf unterdrückt wurden, so handelte es sich jedoch nicht um Regime, die mit dem nationalsozialistischen Deutschland oder mit der Sowjetunion vergleichbar gewesen wären.

Es ist ausgesprochen schwierig, diese Systeme vergleichend zu klassifizieren. Allen gemeinsam war ein autoritärer, rechts- gerichteter Führungsstil und antiliberale, bzw. antiparlamentarische Grundeinstellungen der Regierungen. Zeitgenossen haben beispielsweise versucht, das Regime in Litauen als einen „militärbürokratischen Autoritarismus“ zu charakterisieren, der auf einem technokratischen Berufsbeamtentum aufbaute.¹ Auch wechselten in den ostmitteleuropäischen Regimen häufig Phasen der offenen Unterdrückung mit Perioden relativer Freizügigkeit ab. Letztlich ist aber nicht entscheidend, ob man diese Systeme als nationale Diktaturen oder als autoritäre Regime klassifiziert. Gemeinsam war allen die Abkehr von demokratischen und parlamentarischen Entscheidungsprozessen, die Ablehnung des Liberalismus westlicher Prägung, die Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung und das Fehlen von zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Einen Sonderfall stellen die sogenannten Königsdiktaturen in Südeuropa dar: In Albanien, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien bestanden bis in den 2. Weltkrieg hinein monarchische Systeme, die ihre zuvor eingeschränkten, bzw. konstitutionellen Rechte systematisch in Richtung auf eine offene Diktatur hin erweiterten. Mißliebige Politiker und potentielle Konkurrenten wurden ausgeschaltet und zum Teil ermordet, und die Parlamente wurden entmachtet. Auch wenn sich diese Diktaturen größtenteils auf die alten Eliten und Bürokratien stützten, strebten sie dennoch häufig nach Veränderungen, bzw. nach der Annäherung an das „moderne“ Europa. Die Erfolge dieser Politik blieben aber äußerst begrenzt, weil vormoderne gesellschaftliche und soziale Strukturen nicht aufgebro-

¹ Vgl. Raimundas Lopata, Die Entstehung des autoritären Regimes in Litauen 1926. Umstände, Legitimation, Konzeption, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944, Paderborn 2001, S. 95-141, hier: S. 97.

chen, sondern konserviert wurden. Zwar übernahmen die Königsdiktaturen vereinzelt Elemente faschistischer Herrschaft und einige faschistische Symbole. Sie stützten sich aber – anders als Deutschland und Italien – nicht auf politische Massenbewegungen.² Massenbewegungen wurden hingegen offen bekämpft, und faschistische Führer kamen erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges an die Macht, bzw. wurden in den deutschen und italienischen Satellitenstaaten von außen installiert. Holm Sundhausen, einer der besten Kenner dieser Regionen, geht so weit, die südosteuropäischen Gesellschaften in der Zwischenkriegszeit als strukturell faschismusunfähig zu bezeichnen.³ Trotz eines häufig übersteigerten Nationalismus waren die „Massen“ und Massenbewegungen, die für faschistische Diktaturen charakteristisch waren, aufgrund der traditionellen gesellschaftlichen Strukturen nicht vorhanden.

Trotz der enormen innen- und außenpolitischen Probleme gelang im Deutschen Reich nach Abschluß der chaotischen Nachkriegszeit nach 1924 eine kurze und vorübergehende politische und ökonomische Stabilisierung. Schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise hatten sich in mehreren sozialen Gruppen aber bereits ein strikt antidemokratischer Konsens gebildet: Konservativ- großagrarisches Gruppierungen und ein großer Teil der schwerindustriellen Wirtschaft waren entschlossen, die erste Gelegenheit zu nutzen, um das parlamentarische System zu untergraben und in Richtung auf ein stärker autoritäres Regime umzumodellieren. Nur von wenigen Beobachtern erkannt, bzw. ernst genommen, bildete sich ebenfalls schon vor Beginn der Weltwirtschaftskrise das rechtsextreme Spektrum um: 1928 war es der kleinen und noch unbedeutenden NSDAP gelungen, fast alle bis dahin offen miteinander zerstrittenen völkischen, radauantisemitischen und rechtsterroristischen Gruppierungen unter ihrer Führung zu vereinen und einen unerwarteten populistischen Generalangriff auf die Republik vorzubereiten.

Stabilisierung der Weimarer Republik

In diesem Studienbrief kann kein vollständiger Überblick über alle Probleme gegeben werden, die schließlich zum Scheitern der demokratischen Experimente in großen Teilen Europas führten, die den Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus förderten und schließlich zur Anzettelung des Zweiten Weltkrieges führten. Statt dessen werden einige ausgewählte Problemkreise dargestellt, an denen sich typische Entwicklungslinien nachzeichnen lassen, die für die gesamte europäische Geschichte relevant waren und die deshalb über den begrenzten deutschen Blick hinausgehen. Stets wird dabei auf weiterführende Literatur verwiesen, so daß Sie bei Interesse einzelne Aspekte, die hier nur kurz abgehandelt oder gestreift werden, in selbständiger Arbeit leicht vertiefen können.

² Vgl. Holm Sundhausen, Die Königsdiktaturen in Südosteuropa. Umriss einer Synthese, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944, Paderborn 2001, S. 337-348, hier: S. 337-341.

³ Vgl. Sundhausen, Königsdiktaturen in Südosteuropa, S. 341f.